

CH_VB 94.106 vom 9. März 1995

Bundesverwaltung, 1995-03-09, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_94.106

FR: CH_VB 94.106 du 9 mars 1995

IT: CH_VB 94.106 del 9 marzo 1995

Erwägungen

E. 9

März 1995 243 Delegation Efta/Europäisches Parlament. Bericht gäbe eines Grünbuches über den Konsumentenschutz und sprechen sich für die Erweiterung gewisser EU-Programme auf die Efta-Länder aus (beispielsweise im Bereich der Massnahmen für Behinderte und Betagte). Am 13. Oktober trat der EWR-Ausschuss zum dritten Mal während des Berichtsjahres in Brüssel zusammen. Die Vertreter der EWR-Institutionen haben darauf hingewiesen, dass der EWR bisher gut funktioniert habe und dass die institutionelle Integration bisher weit fortgeschritten sei. Der Präsident des Ministerrates der Efta und des EWR, Herr Hannibalsson (Island), bekräftigte, dass der EWR - unabhängig von der Zahl der Mitglieder, die letztlich der EU beitreten werden - weiterbestehen werde. Bei der ausführlichen Diskussion über die Zukunft des EWR kam der politische Wille zum Ausdruck, diesen aufrechtzuerhalten. Dabei wurde die Frage der Anpassung der institutionellen Strukturen aufgeworfen. Man kam überein, keine neuen Verhandlungen aufzunehmen. Der EWR-Ausschuss behandelte drei Berichte, nämlich über: - die transeuropäischen Netze; - die Sozialpolitik; - die Wettbewerbspolitik und staatliche Beihilfen. Gegenwärtig wird die Zusammensetzung des EWR-Ausschusses unverändert gelassen. Es werden Lösungen geprüft, die eine Reduzierung der Mitglieder ohne neues Ratifikationsverfahren ermöglichen.

2. Multilateraler Rahmen

2.1 Efta-Parlamentarierkomitee

Infolge des Verzichts der Schweiz auf die Beteiligung am EWR wurde das Efta-Komitee in zwei Sektionen aufgeteilt: in ein «altes» Komitee, das für interne Angelegenheiten und die Beziehungen mit Drittstaaten verantwortlich ist, und in ein «neues» Komitee, das sich mit EWR-Fragen befasst und in dem die Schweiz einen Beobachterstatus hat. Es ist in der Praxis oft schwierig, die beiden Komitees auseinanderzuhalten, da sie oft gleichzeitig - teilweise mit gleichen, teilweise mit unterschiedlichen Traktanden - tagen. Im April wählte das Komitee Herrn Donner (Finnland) zu seinem Präsidenten («altes» und «neues» Komitee) und Herrn Schmidtmeier (Österreich) zum Vizepräsidenten des «neuen» Komitees. Das Vizepräsidium des «alten» Komitees wurde Liechtenstein zugeteilt. Aufgrund des Austritts Österreichs, Finnlands und Schwedens wurde für das erste Halbjahr 1995 Haakon Blankenborg (Norwegen), der dem Komitee bereits von Juni 1993 bis April 1994 vorstand, als interimistischer Präsident eingesetzt. Im Berichtsjahr befasste sich das Komitee hauptsächlich mit den Beitrittsverfahren der für einen EU-Beitritt kandidierenden Länder. Weil die von Island unterstützten - wiederholten Bemühungen der Schweiz, die Diskussion über die Zukunft der Efta auf die Tagesordnung zu setzen, vergeblich blieben, traten die Delegationen der in der Efta verbleibenden Länder an informellen Sitzungen zusammen: Die erste fand am 16. September 1994 in Bern statt, wo die anwesenden Delegationen (Island, Liechtenstein, Schweiz) ihren Willen bekundeten, die Efta aufrechtzuerhalten und das Stockholmer Abkommen einzuhalten. Wünschbar wäre eine Verstärkung der Beziehungen mit den

Parlamentariern von Drittstaaten, insbesondere jener Mittel- und Osteuropas. Diese Delegationen hielten am 11. Dezember in Genf eine weitere Sitzung ab, an der auch die norwegische Delegation teilnahm. An dieser Sitzung wurde beschlossen, die Tätigkeiten des Komitees fortzusetzen und die Zusammensetzung der Delegationen unverändert zu lassen (5 Mitglieder je Delegation).

2.2 Gemeinsame Sitzungen des Efta-Parlamentarierkomitees und des Efta-Ministerrates

Das Efta-Parlamentarierkomitee und der Efta-Ministerrat trafen sich zweimal zu gemeinsamen Sitzungen: am 21. Juni in Helsinki und am 14. Dezember in Genf. An diesen beiden Sitzungen war es schwierig, konkrete Informationen über die allfällige künftige Rolle der Efta zu erhalten. Am Efta-Ministertreffen vom 13. und 14. Dezember konnte die Unsicherheit in bezug auf die Efta etwas geklärt werden. Sicher ist, dass sowohl die Efta als auch der EWR weiterbestehen werden. Das Efta-Sekretariat wird ebenso wie die in Brüssel stationierte Aufsichtsbehörde personell stark abgebaut. Der Gerichtshof der Efta wird nach Luxemburg verlegt. Das Budget des ersten Halbjahres 1995 ist beschlossen. Dasjenige des zweiten Halbjahres werden die vier verbleibenden Länder an einer Budgettagung noch festlegen müssen. Die Efta bleibt für die mittel- und osteuropäischen Länder offen. Diese Länder sind zurzeit jedoch vor allem an einer EU-Mitgliedschaft interessiert. Interesse an der Efta zeigte indes Slowenien. Einem allfälligen Beitritt werden die Aushandlung eines Freihandelsabkommens und danach die Zuschreibung des Status eines assoziierten Mitglieds vorangehen. Doch ist es noch verfrüht, sich weiter darüber zu äussern. Der Ministerrat hat das Efta-Parlamentarierkomitee zur nächsten Ministertagung eingeladen, die am 13. und 14. Juni 1995 in Bergen stattfinden wird.

2.3 Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Ländern

Im Berichtsjahr wurde nur ein einziges interparlamentarisches Kolloquium abgehalten. Es fand am 12. und 13. Dezember in Genf statt. Eingeladen waren die Länder, die ein Freihandelsabkommen oder Zusammenarbeitserklärungen unterzeichnet haben: Albanien, Bulgarien, die Tschechische Republik, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien. Am Schluss dieses Kolloquiums wurde dazu aufgerufen, die parlamentarische Zusammenarbeit im Rahmen der wirtschaftlichen und politischen Europaintegration zu verstärken. Und es wurde vor allem auch die Notwendigkeit einer Kumulation der Ursprungsregeln und einer gemeinsamen Wettbewerbspolitik auf paneuropäischer Ebene betont.

3. Schlussfolgerung

Nach über dreissig Jahren guter und loyaler Dienste wird die Efta weiterbestehen. Sie wird zwar ab dem 1. Januar 1995 nur noch als stark geschrumpfte Organisation existieren, bleibt aber für die Schweiz eine wertvolle multilaterale Assoziation. Hier ist zu betonen, dass der Beobachterstatus der Schweiz im «neuen» Komitee und im gemeinsamen EWR-Ausschuss beibehalten wird. Dies ermöglicht der Schweizer Delegation, die interparlamentarischen Beziehungen aufrechtzuerhalten und zu vertiefen, insbesondere auch innerhalb der Fraktionen. Diesem Aspekt kommt um so grössere Bedeutung zu, als das Europäische Parlament die Rolle der bilateralen Delegationen eingeschränkt hat und für seine Beziehungen mit der Schweiz und Island nur noch eine einzige Delegation unterhält. Die Delegation möchte dem Bundesrat und den Mitarbeitern des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes und des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten in Bern, Genf und Brüssel für ihre Unterstützung im vergangenen Jahr danken.

Anhang 24. und 25. Januar 1994: Gründungsversammlung des «neuen» Efta-Parlamentarierkomitees;
Gründungsversammlung des gemeinsamen EWR-Parlamentarierkomitees; 5. Sitzung der Arbeitsgruppe für Umweltfragen in Brüssel 22. Februar 1994: Sitzung der Delegation

Efta/EP in Bern zur Vorbereitung des

E. 13

interparlamentarischen Treffens Schweiz/EP 24. Februar 1994: 5. Sitzung der Arbeitsgruppe für Budgetfragen in Brüssel

E. 17

März 1994: Sitzung der Delegation Efta/EP in Bern 23. März 1994: 6. Sitzung der Arbeitsgruppe für Umweltfragen in Brüssel 24. März 1994: Sitzung des Lenkungsausschusses («Agenda Committee») in Brüssel 7./8. April 1994: 13. interparlamentarisches Treffen Schweiz/EP in Luxemburg; eine Delegation des Efta-Parlamentarierkomitees begibt sich nach Slowenien (Nationalrat Vollmer vertritt die Schweiz) 25.-27. April 1994: 34. Sitzung des Efta-Parlamentarierkomitees und 2. Sitzung des «neuen» Komitees;

Délégation AELE/Parlement européen. Rapport 244 9 mars 1995 2. Sitzung des gemeinsamen EWR-Ausschusses; 7. Sitzung der Arbeitsgruppe für Umweltfragen; Sitzung der Arbeitsgruppe für Landwirtschaftsfragen in Helsinki 4. Mai 1994: Sitzung des Lenkungsausschusses («Agenda Committee») in Strassburg. Die Mitglieder nahmen auch an der Abstimmung des EP über die Erweiterung der EU teil. 1. Juni 1994: Sitzung der Delegation Efta/EP in Bern

E. 21

Juni 1994: 35. Sitzung des Efta-Parlamentarierkomitees und 3. Sitzung des «neuen» Efta-Parlamentarierkomitees; gemeinsame Sitzung mit dem Efta-Ministerrat in Helsinki 15. September 1994: Sitzung des Lenkungsausschusses («Agenda Committee»); 6. Sitzung der Arbeitsgruppe für Budgetfragen; Sitzung des Büros des gemeinsamen EWR-Ausschusses in Brüssel 16. September 1994: Informelle Sitzung der isländischen, liechtensteinischen und schweizerischen Parlamentarierdelegationen beim Efta-Parlamentarierkomitee in Bern (auf Einladung der Schweizer Delegation) 13. Oktober 1994: 36. Sitzung des Efta-Parlamentarierkomitees und 4. Sitzung des «neuen» Efta-Parlamentarierkomitees; 3. Sitzung des gemeinsamen EWR-Ausschusses in Brüssel 14.-16. November 1994: 45. Session des Nordischen Rates in Tromsø (Norwegen): Nationalrat Vollmer ist Delegierter des Efta-Parlamentarierkomitees 11. Dezember 1994: 2. informelle Sitzung der Parlamentarierdelegationen beim Efta-Parlamentarierkomitee in Genf (Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz) 12./13. Dezember 1994: 4. internationales Kolloquium des Efta-Parlamentarierkomitees und der Vertreter der mittel- und osteuropäischen Länder (Bulgarien, Tschechische Republik, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowakei, Albanien, Estland, Lettland, Litauen und Slowenien); gemeinsame Sitzung mit dem Efta-Ministerrat; 37. Sitzung des Efta-Parlamentarierkomitees und 5. Sitzung des «neuen» Efta-Parlamentarierkomitees in Genf 15. Dezember 1994: Sitzung der Delegation Efta/EP in Bern. Cavadini Jean (L, NE) présente au nom de la Délégation AELE/Parlement européen le rapport écrit suivant: Introduction La Délégation suisse auprès du Comité des parlementaires des Etats de l'AELE (ci-après «Comité») et chargée des relations avec le Parlement européen («PE») vous soumet son rapport sur les activités de l'année 1994. En annexe, vous trouverez le calendrier des manifestations. 1994 fut une année particulièrement riche en événements. Les élections au PE ont eu lieu du 9 au 12 juin, et le nouveau PE (567 députés) s'est constitué le 19 juillet 1994. Ses membres ont élu M. Klaus Hänsch (PSE/Allemagne) à la présidence. Peu de temps après l'entrée en vigueur de

l'Accord sur l'EEE au 1^{er} janvier 1994, les procédures d'adhésion à l'UE des quatre pays candidats (Autriche, Finlande, Suède et Norvège) étaient sur le point d'aboutir. Les référendums populaires sur l'adhésion eurent lieu, respectivement, le 12 juin, le 16 octobre, le 13 et le 28 novembre. Les résultats furent positifs, sauf en Norvège. De sept partenaires, l'AELE sera ainsi réduite à quatre pays membres (Suisse, Norvège, Islande et Liechtenstein) au 1^{er} janvier 1995. Cette association a-t-elle encore un rôle à jouer, face à l'UE qui prépare déjà la stratégie pour l'adhésion des pays d'Europe centrale et orientale (Peco)? Dans ce rapport, nous passerons en revue les activités de la délégation AELE/PE au niveau bilatéral (section PE), puis au niveau multilatéral (section AELE). En 1994, la délégation se composait de (en italique, membres du Comité AELE): Conseil national: Loeb François (président de la délégation), Béguelin, Bundi, Frey Claude, Nabholz, Oehler, Reimann Maximilian, Segmüller, Vollmer. Conseil des Etats: Cavadini Jean (vice-président de la délégation et président de la section PE), Gadiant, Kündig, Jagmetti, Onken, Petitpierre. La délégation prend ici congé de MM. Gadiant et Kündig, membres respectivement depuis 1987 et 1989, et tous deux anciens présidents de la délégation. Qu'ils soient ici chaleureusement remerciés.

1. Rencontres avec les représentants du PE

1.1 Relations bilatérales (section PE)

La 13^e rencontre interparlementaire Suisse/PE s'est déroulée à Luxembourg les 7 et 8 avril 1994. A cette date, le PE se trouvait en pleine campagne électorale. De ce fait, la nationalité des participants était monocolore (Luxembourg), à l'exception du président, M. Topmann (PSE/Allemagne) qui avait remplacé le président en exercice, M. Porrazzini (PSE/Italie), souffrant. Les délégations étaient composées comme suit: PE: M. Topmann (PSE/Allemagne), Mme Wurth-Polfer (ELDR), bourgmestre de la ville de Luxembourg, Mme Lulling (ELDR), M. Schlechter (PSE), M. Estgen (PPE), vice-président du PE, Mme Reding (PPE), M. Fayot (PSE). Suisse: MM. Jean Cavadini (L/NE), président, Claude Frey (R/NE), Martin Bundi (S/GR), Markus Kündig (C/ZG), François Loeb (R/BE), Thomas Onken (S/TG). Les discussions entre les deux délégations ont porté: - sur la situation de l'Union européenne après l'entrée en vigueur du Traité de Maastricht; - sur la politique d'intégration européenne de la Suisse; - sur les perspectives des relations bilatérales dans les domaines de la recherche et des transports. Les questions de transport ont donné lieu à des discussions approfondies, provoquées en particulier par l'acceptation de l'initiative des Alpes en votation populaire le 20 février 1994. Les parlementaires européens ont émis de vives réserves face à des mesures qui pourraient s'avérer discriminatoires en matière de transit et ont demandé que soient développées les capacités suffisantes de ferroutage. M. Topmann s'est montré particulièrement irrité de cette initiative qui, selon lui, arrive au plus mauvais moment. La délégation suisse a insisté pour que le dialogue entre la Suisse et l'UE se poursuive et a souhaité que des accords bilatéraux dans le domaine des transports aériens et terrestres soient conclus au plus vite. La question sur la recherche n'a pu être développée par manque d'interlocuteur du côté PE. La délégation suisse a réitéré son souhait pour une participation helvétique au 4^e programme de recherche de TUE. La question de l'élargissement et/ou approfondissement de l'UE a été abordé, après une présentation de l'application du Traité de Maastricht. La délégation du PE s'est fait le porte-parole des petits pays au sein de l'UE. Elle constate que l'esprit européen, très marqué dans les pays fondateurs, dont le Luxembourg, aurait tendance à s'affaiblir dans les nouveaux pays membres. A l'issue de la séance, qui s'est déroulée dans un climat franc et amical, la délégation suisse a pris congé de MM. Topmann et Porrazzini. Elle leur a vivement exprimé sa reconnaissance pour tous leurs efforts déployés à contribuer à une meilleure compréhension des points de vue de la Suisse

au sein du PE. Notre délégation perd là deux fins connaisseurs de la problématique helvétique. Les deux délégations se sont donné rendez-vous les 28 et 29 avril 1995 dans le canton de Neuchâtel. La nouvelle délégation du PE, qui a été désignée le 21 novembre 1994, sera chargée des relations à la fois avec la Suisse et avec l'Islande. Elle est composée de 14 membres, dont seule la moitié est autorisée à voyager. Elle est présidée par M. Brian

9. März 1995 245 Delegation Efta/Europäisches Parlament. Bericht Simpson (PSE/GB) et compte quatre membres du groupe socialiste, quatre du groupe PPE (démocrate-chrétien), deux du groupe libéral, deux du groupe Europe des Nations et deux du groupe Forza Europa.

1.2 Comité parlementaire mixte de l'EEE Le Comité parlementaire mixte de l'EEE («Comité EEE») est formé de 66 parlementaires (33 du Comité AELE et 33 du PE). La délégation suisse y a le statut d'observateur. La constituante du Comité EEE a eu lieu les 24 et 25 janvier 1994 à Bruxelles, deux autres réunions ont été organisées dans l'année (26 et 27 avril à Helsinki et le 13 octobre à Bruxelles). Lors de la constituante, les 66 membres du Comité EEE ont désigné comme président le Britannique Gary Titley (PSE) et comme vice-président le Norvégien Haakon Blankenborg. A cette occasion, le Comité EEE a publié une déclaration - saluant l'entrée en vigueur de l'EEE; - réclamant que tout soit mis en oeuvre pour contribuer à une croissance économique durable et à la stabilité de l'emploi; - demandant aussi qu'une concertation ait lieu entre les accords d'association de l'UE et les accords de libre-échange de l'AELE avec les Peco. Au cours de cette séance, la délégation suisse a été invitée à s'entretenir avec M. Klepsch, président du PE. Durant cet entretien informel d'une demi-heure, M. Klepsch a convié les Suisses à participer à ('«aventure» de l'UE, leur affirmant qu'ils seraient toujours les bienvenus. La deuxième séance du Comité EEE s'est déroulée à Helsinki les 26 et 27 avril. Le Comité EEE a examiné le fonctionnement de l'EEE depuis son entrée en vigueur. Certains parlementaires se sont interrogés sur les conséquences de la prochaine adhésion à l'UE de quatre pays de l'AELE. Les parlementaires ont débattu de trois rapports et ont approuvé des recommandations à l'attention du Conseil EEE et du Comité mixte EEE à propos de: -quatre libertés (biens, services, personnes et capitaux): dans leur recommandation, les parlementaires invitent le Conseil EEE à développer la cumulation des règles d'origine afin de créer une vaste zone de libre-échange; - politique de concurrence: les parlementaires demandent à la Commission européenne et à l'Autorité de surveillance de l'AELE de préparer une brochure informative, en particulier pour les PME, ainsi qu'un inventaire des aides sectorielle et régionale; -politiques d'accompagnement et horizontales: les parlementaires ont demandé en particulier la publication d'un livre vert sur la protection des consommateurs et ont appuyé l'élargissement de certains programmes de l'UE, par exemple en matière d'action pour les handicapés et les personnes âgées, aux pays de l'AELE. Le 13 octobre, le Comité EEE s'est réuni pour la troisième fois de l'année à Bruxelles. Les représentants des institutions de l'EEE sont venus présenter le bon fonctionnement de l'EEE. Ils ont affirmé que le degré d'intégration institutionnelle réalisé jusqu'alors est excellent. Le président du Conseil des ministres de l'AELE et de l'EEE, M. Hannibalsson (Islande), a affirmé que l'EEE continuera d'exister quel que soit le nombre de pays qui adhéreront finalement à l'UE. Le futur de l'EEE a fait l'objet d'une longue discussion. Une volonté politique de le maintenir s'est manifestée. La question de l'adaptation des structures institutionnelles a été soulevée. Un consensus s'est dégagé pour ne pas ouvrir de nouvelles négociations. Le Comité EEE a débattu de trois rapports: - sur les réseaux transeuropéens; - sur la politique sociale; - sur la politique de concurrence et l'aide d'Etat Pour l'instant aucune modification n'est apportée à la composition du Comité EEE, des solutions sont étudiées pour réduire le nombre de

membres, sans entraîner une nouvelle procédure de ratification.

2. Relations multilatérales

2.1 Comité AELE Suite à la non-participation de la Suisse à l'EEE, le Comité AELE s'est scindé en deux. D'une part, l'«ancien» comité responsable des affaires internes et des relations avec les pays tiers, et, d'autre part, le «nouveau» comité traitant les questions relatives à l'EEE, où la Suisse y a le statut d'observateur. Dans la pratique, il est difficile de faire la différence, les comités siégeant en même temps avec un ordre du jour parfois distinct, parfois commun. En avril, le comité a élu M. Donner (Finlande) à la présidence du comité («ancien» et «nouveau») et M. Schmidtmeier (Autriche) à la vice-présidence du «nouveau» comité. Au Lichtenstein a été attribuée la vice-présidence de l'«ancien» comité. Avec le départ de l'Autriche, de la Finlande et de la Suède, un président intérimaire pour le premier semestre 1995 a été désigné en la personne de M. Blankenborg (Norvège), qui fut déjà président de juin 1993 à avril 1994. Durant l'année, le comité s'est essentiellement consacré aux procédures d'adhésion des pays candidats à l'UE. La Suisse, avec l'aide de l'Islande, a tenté à plusieurs reprises de mettre à l'ordre du jour une discussion sur le futur de l'AELE, sans succès. Cela a conduit les délégations restant dans l'AELE de se réunir de façon informelle, une première fois à Berne, le 16 septembre 1994. Les délégations présentes (Islande, Liechtenstein et Suisse) ont exprimé leur volonté de maintenir l'AELE et de respecter la Convention de Stockholm. Une intensification des contacts avec les parlementaires des pays tiers, plus particulièrement avec ceux des Peco, serait souhaitable. Ces délégations se sont réunies une seconde fois à Genève le 11 décembre et ont convié la délégation de Norvège à participer à leurs délibérations. A l'issue de cette séance, il a été décidé de poursuivre les activités du comité et de ne pas modifier la composition des délégations (cinq membres par délégation).

2.2 Réunions conjointes entre le Comité AELE et les ministres des pays de l'AELE

Le Comité AELE s'est réuni à deux occasions avec le Conseil des ministres. La première fois, le 21 juin 1994 à Helsinki, la seconde le 14 décembre à Genève. A ces deux occasions, il a été très difficile d'obtenir des informations concrètes sur le rôle que l'AELE pourrait jouer à l'avenir. La ministérielle AELE des 13 et 14 décembre a quelque peu dissipé le voile d'incertitude qui planait sur l'AELE. Il est désormais certain que tant l'AELE que l'EEE continueront d'exister. Le secrétariat AELE subira une forte compression du personnel, ainsi que l'Autorité de surveillance basée à Bruxelles. La Cour de justice AELE sera transférée à Luxembourg. Le budget du premier semestre 1995 est sous toit, les quatre pays restants devront encore se réunir pour définir celui du deuxième semestre. L'AELE reste ouverte aux Peco. Mais pour l'instant, ceux-ci ont une nette préférence à devenir membre de l'UE. Cependant, la Slovaquie vient de manifester un intérêt. Dans un premier temps, il s'agirait de négocier un accord de libre-échange avec l'AELE, puis un statut de membre associé, et éventuellement, dans une troisième phase, l'adhésion. Mais il est encore prématuré d'en parler. Le Conseil des ministres a d'ores et déjà invité le Comité AELE à la prochaine ministérielle qui se tiendra à Bergen du 13 au 14 juin 1995.

2.3 Relations avec les Peco

Un seul colloque interparlementaire a été organisé en 1994, les 12 et 13 décembre, à Genève. Ont été invités les pays ayant signé des accords de libre-échange et des déclarations de coopération, à savoir: Albanie, Bulgarie, République Tchèque, Hongrie, Estonie, Lettonie, Lituanie, Pologne, Roumanie, Slovaquie et Slovaquie. A l'issue de ce colloque, un appel a été lancé pour intensifier la coopération parlementaire dans le processus économique et politique de l'intégration européenne. La nécessité de déve-

Délégation AELE/Parlement européen. Rapport 246 9 mars 1995 lopper, au niveau paneuropéen, la cumulation des règles d'origine et une politique de concurrence commune a

été sou- lignée. 3. Conclusion Après plus de 30 ans de bons et loyaux services, l'AELE conti- nue. Quoiqu'elle soit fortement réduite au 1 er janvier 1995, elle reste une association multilatérale digne d'intérêt pour la Suisse. Il faut remarquer que le statut d'observateur de la Suisse au sein du «nouveau» comité et au sein du Comité EEE est main- tenu. Cela permettra à la délégation suisse de préserver et ap- profondir les contacts interparlementaires ainsi que, plus spé- cialement, au sein des groupes politiques. Cet aspect prend toute son importance, au moment où le PE réduit le rôle des délégations bilatérales en désignant une seule délégation pour ses relations avec la Suisse et l'Islande. La délégation remercie sincèrement le Conseil fédéral et les collaborateurs du DFEP, du DFAE à Berne, Genève et Bruxel- les pour le soutien qu'ils apportent à la délégation AELE/PE tout au long de l'année. Annexe 24/25 janvier 1994: Séance constitutive du «nouveau» Comité des parlementaires des Etats de l'AELE; séance constitutive du Comité parlementaire mixte de l'EEE; 5e séance du groupe de travail sur l'environnement à Bruxelles

E. 22

février 1994: Séance de préparation de la délégation AELE/PE à Berne pour préparer la 13e rencontre interparlementaire Suisse/Parle- ment européen

E. 24

mars 1994: Séance du Comité directeur («Agenda Committee») à Bruxelles 7/8 avril 1994: 13e rencontre interparlementaire Suisse/Parlement européen à Luxembourg; une délégation du Comité parlementaire AELE se rend en Slo- vénie (M. Vollmer, conseiller national, représente la Suisse) 25-27 avril 1994: 34e séance du Comité parlementaire AELE et 2e séance du «nouveau» comité; 2e séance du Comité parlementaire mixte de l'EEE; 7e séance du groupe de travail sur l'environnement; séance du groupe de travail sur l'agriculture à Helsinki 4 mai 1994: Séance du Comité directeur («Agenda Committee») à Stras- bourg. Les membres ont également assisté au vote du PE sur l'élargissement de l'UE. 1er juin 1994: Séance de la délégation AELE/PE à Berne 21 juin 1994: 35e réunion du Comité parlementaire AELE et 3e séance du «nouveau» Comité parlementaire AELE; réunion conjointe avec le Conseil des ministres des pays de l'AELE à Helsinki 15 septembre 1994: Séance du Comité directeur («Agenda Committee»); 6e séance du groupe de travail sur le budget; réunion du Bureau du Comité parlementaire mixte de l'EEE à Bruxelles 16 septembre 1994: Séance informelle entre les délégations parlementaires au- près du Comité parlementaire AELE de l'Islande, du Liech- tenstein et de la Suisse (invitation de la délégation suisse) à Berne 13 octobre 1994: 36e réunion du Comité parlementaire AELE et 4e séance du «nouveau» Comité parlementaire AELE; 3e réunion du Comité parlementaire mixte de l'EEE à Bruxelles 14-16 novembre 1994: 45e session du Conseil nordique à Tromsø (Norvège): un dé- légué du Comité parlementaire AELE y est invité (M. Vollmer, conseiller national) 11 décembre 1994: 2e séance informelle entre les délégations parlementaires au- près du Comité parlementaire AELE de l'Islande, du Liech- tenstein, de la Norvège et de la Suisse à Genève 12/13 décembre 1994: 4e colloque interparlementaire entre le Comité parlementaire AELE et les représentants des pays d'Europe centrale et orien- tale (Bulgarie, République tchèque, Hongrie, Pologne, Roumanie, Slovaquie, Albanie, Estonie, Lituanie, Lettonie et Slovénie); réunion conjointe avec le Conseil des ministres de l'AELE; 37e séance du Comité parlementaire AELE et 5e séance du «nouveau» Comité parlementaire AELE à Genève 15 décembre 1994: Séance de la délégation AELE/PE à Berne. Antrag der Kommission Kenntnisnahme vom Bericht Proposition de la commission Prendre acte du rapport Jagmetti Riccardo (R, ZH),

Berichterstatter: Diese Berichte pflegen jeweils als Pflichtübung zur Kenntnis genommen und dann ad acta gelegt zu werden. Wenn ich mir trotz der vorgerückten Zeit erlaube, noch ein paar Worte dazu zu sagen, dann aus dem einfachen Grund, dass mir diese Kontakte unter Parlamentariern sowohl auf der Efta-Ebene wie im Europäischen Parlament als zu wichtig erscheinen, als dass wir sie im Jahre 1995 einfach als schnell zu erledigende Pflichtübung betrachten könnten. Ich möchte Sie aber nicht mit Zusatzinformationen belasten. Sie haben den schriftlichen Bericht, und Sie finden auf Seite 39ff. des Berichtes zur Aussenwirtschaftspolitik 1994/1, II Angaben dazu. Erlauben Sie mir jedoch, zu beiden Gremien ganz wenige persönliche Eindrücke zu schildern, weil mir diese für das Parlament von einer gewissen Bedeutung zu sein scheinen: Die Efta besteht noch aus vier Staaten: Island, Norwegen um im Norden zu beginnen -, Schweiz und Liechtenstein. Das sind nicht nur wenige Staaten, das sind auch zwei unterschiedliche Gruppen. Bei aller Sympathie, mit der wir diesen Parlamentariern begegnen, müssen wir uns doch eingestehen, dass Island und Norwegen völlig andere Probleme haben als die Schweiz und Liechtenstein! Vor allem hat jeder dieser Staaten zu anderen Staaten mehr Beziehungen als zu den übrigen Efta-Staaten. Die Nordländer haben mit uns und wir mit den Nordländern viel weniger Kontakt als jede dieser Gruppen zur Europäischen Union oder zum Teil auch zu aussereuropäischen Staaten. Die Beziehung zur Europäischen Union wollen diese Staaten unterschiedlich gestalten: Für Island und Norwegen ist die Efta bzw. das Efta-Sekretariat sehr deutlich das Vorzimmer zur Europäischen Union. Dort erhält man Informationen, dort hat man die Bezüge. Es ist kein Zufall, dass diese EWR-Staaten das Sekretariat eigentlich geradeso gern in Brüssel wie in Genf hätten und sich deshalb das Gewicht dorthin verlagert. Für die Schweiz und Liechtenstein ist die Situation anders, und vor allem entwickeln sich unsere Beziehungen zur Europäischen Union auf dem bilateralen Weg, während für die anderen Staaten der EWR der Bezugspunkt ist. Die Staaten haben auch völlig unterschiedliche Wirtschaften. Fischerei und Erdöl sind für uns bekanntlich nicht die Hauptressourcen. Dafür sind unsere Probleme mit den Nachbarstaaten und mit den weiter entfernten Staaten völlig anders gelagert. Zu guter Letzt ist es so, dass diese vier Efta-Staaten völlig unterschiedliche Beziehungen zu den zentral- und osteuropäi-

9. März 1995 247 Postulat Petitpierre sehen Staaten haben. Das haben wir im letzten Herbst beim Parlamentsbesuch in Ungarn erlebt. Ich nenne Ihnen nur zwei Stichworte: Banken und Dienstleistungen - ein Anliegen, das von seilen der ungarischen Behörden mehrfach an uns herangetragen wurde, und zwar von höchster Stelle. Im Gespräch mit Ministerpräsident Hörn stellte sich heraus, dass dieser Punkt aus seiner Sicht von ganz erheblicher Wichtigkeit ist. Der Dienstleistungsverkehr mit den zentral- und osteuropäischen Staaten wird unsere Wirtschaft ja ohnehin beschäftigen. Es stellt sich dann natürlich auch die Frage, ob wir unsere Märkte für die Agrarproduzenten - vor allem in Ungarn oder auch in Polen - öffnen sollen oder nicht. Das sind ganz heikle Probleme, für diese Staaten und für uns. Wir können das durchaus bilateral mit Ungarn, mit Polen und mit den anderen Staaten vereinbaren. Wir haben auch die Freihandelsabkommen mit der Efta, allerdings ohne den Agrarsektor, und werden diesen Weg weiter beschreiten müssen. Ich wollte nur sagen, dass es für uns sehr zweckmässig ist, diese Gespräche in der Efta zu führen. Auch wenn wir dabei vielleicht nicht so sehr viel Gemeinsames finden, so erkennen wir doch unsere Position in diesem europäischen System besser. Die zweite Bemerkung - die wird noch kürzer sein -, zur Europäischen Union: Wir haben zum Europäischen Parlament zum Teil ausgezeichnete Kontakte und führen informative Gespräche, müssen aber gleichzeitig

erkennen, dass die Kontakte zeitweise schwierig sind, dass wir gelegentlich Mühe haben, kompetente Gesprächspartner zu finden. Wenn wir dann wenig kompetente Gesprächspartner oder reine Lobbyisten bei uns haben, erhalten wir den Eindruck, dass der Kontakt noch nicht jene Vertiefung erreicht hat, die wir wünschen würden. In beiden Bereichen, sowohl bei der Efta als auch beim Europäischen Parlament, haben wir gute Beziehungen aufbauen können. Aber von einem Idealzustand sind wir weit entfernt, und wir sind in sehr vielen Fragen klar gefordert. Ich würde mir wünschen, dass möglichst viele Parlamentarier an solchen Kontakten teilhaben, um auch einen persönlichen Eindruck von dieser internationalen Welt zu gewinnen, die hochinteressant ist, bei der wir aber unsere Position stärker verteidigen müssen als früher. Angenommen - Adopté An den Nationalrat - Au Conseil national #ST# 94.3426 Postulat Petitpierre Entwicklungsländer. Entschuldung Pays en développement. Allégement de l'endettement multilatéral Wortlaut des Postulates vom 6. Oktober 1994 Der Bundesrat wird eingeladen, sich verstärkt darum zu bemühen, dass das Problem der Verschuldung der ärmsten Entwicklungsländer entschärft und anschliessend einer Lösung zugeführt wird. Namentlich sollen dabei folgende Vorschläge geprüft werden: 1. Die Schweiz setzt sich auf internationaler Ebene (IWF, Weltbank, Afrikanische Entwicklungsbank usw.) dafür ein, dass den stark verschuldeten ärmsten Entwicklungsländern die multilateralen Schulden erlassen werden; diese Länder müssen im Gegenzug wirtschaftliche und soziale Reformen zugunsten ihrer Bevölkerung durchführen. 2. Der Bundesrat setzt sich für eine Finanzierung des Schuldenerlasses ein, die zusätzliche Mittel mobilisiert, z. B. über die Schaffung neuer Sonderziehungsrechte oder über den Verkauf von Goldreserven des IWF. 3. Die Privilegien der multilateralen Gläubiger müssen neu geregelt werden. Sie sollen gegenüber privaten Gläubigern weiterhin privilegiert sein, jedoch sollen sie in Zukunft von einer Neueinstufung und vom Schuldenerlass nicht mehr gänzlich ausgeschlossen sein. Texte du postulat du 6 octobre 1994 Le Conseil fédéral est invité à renforcer son action en vue de réduire puis de résoudre le problème de l'endettement des pays en développement les plus pauvres. Les propositions suivantes devront être étudiées en particulier:

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.